

Anfrage der LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU), LAbg. Mag. Katharina Fuchs und LAbg. Fabienne Lackner, NEOS

Herr Landesstatthalter Ing. Christof Bitschi
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 21.10.2025

Anfrage gem. § 54 der GO des Vorarlberger Landtages: Baustopp beim Stadttunnel Feldkirch: Welche Mehrkosten drohen – und wie weiter?

Sehr geehrter Herr Landesstatthalter,

der Stadttunnel Feldkirch hat es wieder einmal in die Schlagzeilen geschafft – erneut wenig rühmlich für das Projektmanagement großer Bauvorhaben in Vorarlberg. Angesichts steigender Zusatzkosten schlägt nun auch die Baufirma Alarm: Das milliarden-schwere Infrastrukturprojekt steckt erneut fest. Die Bauarbeiten können nicht wie geplant fortgesetzt werden, weil die Umweltverträglichkeitsprüfung rechtlich nicht mehr hält – wesentliche Teile müssen neu geprüft werden. Dabei stehen scheinbar die Baumaschinen bereits seit Juni still.¹

In der Vergangenheit war das Projekt schon durch zahlreiche Verzögerungen, geänderte Planungsaufgaben, Enteignungsverfahren und Proteste von Anrainern und Umweltorganisationen belastet. Die aktuelle Situation zeigt jedoch besonders deutlich, dass strukturelle Probleme in der Planung und Genehmigung solcher Großprojekte bestehen. Wenn ein UVP-Bescheid – Grundlage für einen Baustart – bei derart komplexen und kostenintensiven Infrastrukturvorhaben nicht hält, stellt sich die Frage, ob die bestehenden Verfahren geeignet sind, um Planungssicherheit und effizienten Mitteleinsatz zu gewährleisten.

Ein Projekt dieser Größenordnung, das sich um Monate verzögert und täglich zusätzliche Kosten verursacht, ist längst nicht mehr nur ein Problem der Bauwirtschaft – es ist ein finanzielles Risiko für die Steuerzahler:innen. Statt weiter zuzuwarten, braucht es eine ehrliche Analyse der Störquellen im Prozess, klare Verantwortung und eine rasche Begrenzung der Kostensteigerungen.

Zentral ist dabei die Frage, wie die Landesregierung künftig verhindern will, dass solche Entwicklungen überhaupt entstehen. Gerade angesichts der angespannten Budgetsituation und des Umstands, dass die bestehende mittelfristige Finanzplanung unvorhergesehene Zusatzkosten bislang kaum berücksichtigt, stellt sich die Frage, wie das Land Projekte mit so hohen finanziellen Unsicherheiten künftig solide abbilden und budgetär absichern will.

¹ <https://epaper.vn.at/> vom 17.10.2025, A6

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgende

ANFRAGE

1. Welche Faktoren verursachen laut aktueller Einschätzung die täglichen Mehrkosten während des Baustopps beim Stadttunnel Feldkirch?
2. Wie hoch schätzt die Landesregierung die bisherigen und prognostizierten Folgekosten durch den Baustopp für die gesamte Baustelle (z. B. durch Vertragsstrafen, Bauverzögerungen, Materialkosten, Personalaufwand etc.) ein?
3. Wie wirkt sich der Baustopp auf das Gesamtbudget für den Stadttunnel aus – insbesondere auf die veranschlagten Gesamtkosten des Projekts?
4. Welche Auswirkungen hat die Verzögerung auf die mittelfristige Finanzplanung des Landes (z. B. Verschiebungen von Zahlungsverpflichtungen oder Mehrbelastungen in künftigen Jahren)?
5. Welche rechtlichen oder organisatorischen Konsequenzen zieht das Land aus den bisherigen Fehlern im Zusammenhang mit der UVP und der Projektabwicklung des Stadttunnels?
6. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den wiederkehrenden Problemen im Projektmanagement großer Infrastrukturvorhaben – insbesondere im Hinblick auf Planung, Kontrolle und Verantwortungsstruktur?
7. Welche konkreten Reformschritte sind geplant, um die Kompetenz und Effizienz des Landes im Management großer Infrastrukturprojekte dauerhaft zu stärken?

Für die fristgerechte Beantwortung dieser Anfrage bedanken wir uns im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Mag. Katharina Fuchs

LAbg. Fabienne Lackner